

Der Sächsische Erzähler

Tageblatt für Bischofswerda

Neukirch und Umgegend

Einziges Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten

Der Sächsische Erzähler ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Arbeitsgerichts und des Hauptzollamts zu Döhlen, des Amtsgerichts, des Finanzamts, der Schulinspektion und des Stadtrats zu Bischofswerda bestellungsweis bestimmt



Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Nicht verbreitet in allen Volksschichten.

Beilagen: Illustriertes Sonntagsblatt / Heimatkundliche Beilage / Frau und Heim / Landwirtschaftliche Beilage. — Druck und Verlag von Friedrich May, G. m. b. H. in Bischofswerda. — Postbezeichnung Amt Dresden Nr. 1521. Gemeindevorstandsgroßkassa Bischofswerda Konto Nr. 64

Abbestellungspreis: Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Belegpreis für die Zeit eines halben Monats: Frau ins Haus halbjährlich 1,10, vier Wochen in der Geschäftszeit halbjährlich 0,75. Einzelnummer 10 Pf. (Sonntagsnummer 15 Pf.)

Verantwortlicher: Amt Bischofswerda Nr. 444 und 445. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger ungewöhnlicher Erkrankung des Betriebes der Zeitung oder der Betriebsverrichtungen — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreise (in Reichsmark): Die 44 mm breite einseitige Millimeterzeile 10 Pf., örtliche Anzeigen 6 Pf. Im Tagblatt die 90 mm breite Millimeterzeile 30 Pf. Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an bestimmten Stellen keine Gewähr. — Erfüllungsort Bischofswerda.

295

Sonnabend, den 17. Dezember 1932.

87. Jahrgang

Tageschau.

Die Durchföhrung der künftigen Siedlung in durch Notverordnung ein besonderer Ausschuss eingesetzt worden, der sich aus dem Reichsanwalt für Arbeit, Ernährung und Finanzen, dem Arbeitsbeschaffungskommissar und dem preussischen Landwirtschaftsminister zusammensetzt.

Wolff Hitler sprach am Freitag vor der in Berlin versammelten preussischen Landtagssession der NSDAP. über die politische Lage, wobei er auch zur Kanjlerrede kritisch Stellung nahm.

Zwischen dem Reichswirtschaftsminister und Vertretern aller Gewerkschaften wurde heute eine Reihe offener Fragen der Arbeitsbeschaffung eingehend erörtert.

In der Sitzung des deutschnationalen Parteivorstandes erörterte Reichsanwalt Hagenberg einen längeren Bericht über die gegenwärtige Lage.

Die französische Abrüstungskommission in Genf nimmt in einer Denkschrift gegen die amtliche deutsche Auslegung der Fünfjahresvereinbarung vom 12. Dezember Stellung, was einem offenen Bruch der französischen Regierung von der Fünfjahresvereinbarung gleichkommt.

Nach Meldungen aus Paris hat der bisherige Innenminister Champeaux seinen Versuch zur Neubildung des Kabinetts wieder aufgegeben. Daraufhin wurde der bisherige Kriegsminister Paul Doumer mit der Regierungsbildung beauftragt.

Die amerikanische Regierung in Washington bedauert, die amerikanische Regierung sei bereit, einem neuen französischen Kabinett die Unterstützung von Verhandlungen zu erteilen, um zu einem Kompromiß in der Schuldenfrage zu gelangen.

In der Nähe von Perpignan in Südfrankreich entgleiste der Zugschleppzug, wobei 7 Personen getötet und 15 schwer verletzt wurden.

1 Ausführliches an anderer Stelle.

Außenpolitik!

Wenn auch die Krise zuerst einmal bis nach Weihnachten verlagert ist, so gehen doch die Auseinandersetzungen über alle möglichen und unmöglichen innenpolitischen und wirtschaftspolitischen Fragen unentwegt weiter. Wir ersticken geradezu in diesem Dufel des inneren Streites, wir wühlen uns immer mehr hinein, und wir sind wieder einmal in der Gefahr, vor lauter Bäumen den Wald nicht zu sehen und zu vergessen, daß schließlich das N und O aller Politik doch nur die Außenpolitik ist. Der Grundsatz vom Primat der Außenpolitik will nicht nur besagen, daß die außenpolitischen Angelegenheiten eines Landes allen anderen Dingen vorzuziehen haben, sondern es predigt auch, daß jede innere Gestaltung, auf welchem Gebiet es auch immer sei, letztlich doch davon abhängig ist, wie ein Volk nach außen hin dasteht. Immer wieder muß man das deutsche Volk daran erinnern, daß ein Kumpfsdeutschland, wie es heute besteht, ein Deutschland, das wehrpolitisch nicht einmal in der Lage ist, sich eines weit kleineren, aber um so gefährlicheren Nachbarn zu erwehren, ein Deutschland, das durch die Erfüllungspolitik ausgeblutet ist, gar keinen Ausweg von innen heraus ins Freie finden kann, sondern nur dann wieder zum Aufstieg kommt, wenn es sich so oder so der Fesseln des Versailleser Diktats zu entledigen vermag. So gesehen, müssen die hinter den verschlossenen Türen des Auswärtigen Ausschusses gepflogenen Verhandlungen über die Außenpolitik des Reiches weitaus wichtiger und bedeutsamer erscheinen, als alle die vielen Worte, die der neue Reichkanzler von Schleicher in den Rundfunk gesprochen hat und in denen man sich schließlich auch kaum zurecht findet.

Der Auswärtige Ausschuss hatte sich mit zwei überaus wichtigen Gegenständen zu befassen — das Abkommen von Lausanne und die Formel über die Rüstungsfrage, die in Genf auch von deutscher Seite unterschrieben worden ist. Das Abkommen von Lausanne ist alles andere als Ideal. Es stellt durchaus nicht einen Abschluß der Reparationsfrage dar, wie er dem deutschen Recht und den nationalen Forderungen entsprochen hätte. Es ist gewissermaßen der letzte Tropfen der Erfüllung, wobei uns dieser Tropfen noch hart genug antommen mag, wenn wir ihn überhaupt aus uns herauspressen vermögen. Herr Reichkanzler von Schleicher hat das Lausanner Abkommen nur als Erstschuß übernommen. Wir glauben nicht, daß er dem Beispiel jenes Redners zu folgen gedenkt, der beim Anruf eines Gastes erklarte: „Nicht mein Tisch!“ Aber er hat mittlerweile die Verantwortung für eine neue Unterzeichnung übernommen, die vorige Woche in Genf geleistet worden ist, und die Formel, die mit dieser Unterzeichnung versehen ist, stellt denn doch etwas ganz anderes dar, als man nach den ersten Eindrücken annahm. Wir wollen hier nicht noch einmal auf die Einzelheiten dieser hinterhältigen und in Deutschland viel zu opti-

mistisch aufgenommene Formel eingehen. Wir beschränken uns darauf, auf die Auslegungslinien zu verweisen, die von der französischen Presse unmittelbar nach Bekanntwerden des Abkommens und später auf Befehl angefertigt worden sind. Es ist trotzdem richtig, daß es nicht so sehr darauf ankommt, was in einer solchen Vereinbarung drinsteht, sondern einzig und allein darauf, was man aus einer solchen Vereinbarung macht. Was soll aber gemacht werden und wie soll man in der Außenpolitik weiter und zu Erfolgen kommen, wenn das deutsche Volk nach wie vor es vorzieht, seine eigene Wäsche zu waschen und möglichst nicht über den Waschtisch hinauszuweisen. Es ist doch wahrlich mehr als traurig, daß der zu einer wahrhaft aktiven Außenpolitik in erster Linie berufene Reichkanzler-General es für notwendig hielt, in seiner Programmrede über innerpolitische Dinge vom hundertsten ins Tausendste zu kommen; aber den eigentlich lebenswichtigen Angelegenheiten der Nation doch nur einen verhältnismäßig kleinen Raum gewährt. Der beste Reichkanzler, die ausgewogenste innerpolitische Verständigung, das herrlichste Wirtschaftsprogramm nützt uns nichts, wenn wir nicht endlich die Ellenbogen nach außen frei bekommen, und wenn wir nicht wirklich mit „Willen und Mut“ daran gehen, morsch Gewordenes umzumwerfen und Unhaltbares in den Ort zu befördern. Die Weisheit des deutschen Sprichwortes „Ertz wägen, dann wagen!“ wird einer nichternen Staatskunst gewiß zur Richtschnur dienen müssen. Aber in außenpolitischen Fragen haben wir fünfzehn Jahre hindurch das Wägen dem Wägen allzu sehr vorangestellt, haben wir uns nur allzuoft und allzu langweilig auf die Bage nehmen lassen und so sind wir denn auch heute zu spät besunden worden. Es ist einfach ein zwingendes Gebot, daß man sich nicht mehr länger mit Reden aufhält, sondern endlich zu Taten übergeht.

Frankreich sabotiert die Genfer Fünfjahresvereinbarung.

Genf, 16. Dezember. In hiesigen internationalen Kreisen erregt eine Denkschrift der französischen

Abrüstungsabordnung großes Aufsehen, in der gegen die amtliche deutsche Auslegung der Fünfjahresvereinbarung vom 12. Dezember Stellung genommen wird. Diese Denkschrift, die einzelnen Genfer Stellen vertraulich übermittelt worden ist, deckt sich inhaltlich fast vollständig mit der von der halbamtlichen Havasagentur am 15. Dezember veröffentlichten Stellungnahme.

Die Denkschrift sucht im wesentlichen die Fünfjahresvereinbarung in allen Punkten zu entwerfen und betont, daß selbstverständlich im Falle eines Scheiterns der Abrüstungsverhandlungen der Versailleser Vertrag weiter unbeschränkt in Kraft bleibe, daß ferner die Gleichberechtigungsforderung Deutschlands in unlösbarer Zusammenhang mit der Regelung der Sicherheitsfrage gebracht sei und die Gleichberechtigung wie auch die Sicherheit keineswegs Ausgangspunkt, sondern lediglich eines der Ziele der Abrüstungskonferenz sei. Die deutsche Regierung habe ihre Forderung auf Anerkennung der qualitativen Gleichberechtigung und der gleichen Geltungsdauer des kommenden Abrüstungsabkommens nicht durchgesetzt. Teil V des Versailleser Vertrages werde nur dann abgeändert werden, wenn das fünfstufige Abrüstungsabkommen von sämtlichen Signatarstaaten des Versailleser Vertrages unterzeichnet und auch ratifiziert worden sei.

Dieses planmäßige französische Vorgehen wird in allen unterrichteten Kreisen als ein offenes Abbrechen der französischen Regierung von der Fünfjahresvereinbarung bewertet. Der Protest der kleineren Mächte im Hauptauschuss der Konferenz kann daher nur als der erste Auftakt zu einem planmäßigen französischen Vorgehen zur Entwertung der gesamten Fünfjahresvereinbarung aufgefaßt werden. Die deutsche Regierung wird unter Berücksichtigung dieser Lage den entscheidenden Kampf auf der bevorstehenden Januaragung des Hauptauschusses der Abrüstungskonferenz aufnehmen müssen.

Arbeitsbeschaffung und ländliche Siedlung.

Berlin, 16. Dez. Die Beratungen der für die Durchführung der Arbeitsbeschaffungspläne verantwortlichen Stellen gehen, nachdem der Reichkanzler die Grundzüge dieses Planes bekanntgegeben hat, weiter, insbesondere zwischen dem Arbeitsbeschaffungskommissar und dem Reichsbank. Das gleiche gilt auch für die Siedlungspläne, die erst noch näher ausgearbeitet werden müssen. Für die Durchführung der Siedlung ist durch eine Notverordnung ein besonderer Ausschuss ins Leben gerufen worden, der sich aus den Reichsministern für Arbeit, Ernährung und Finanzen, dem Arbeitsbeschaffungskommissar und dem preussischen Landwirtschaftsminister zusammensetzt. Diesem Ministerausschuss soll noch ein Beirat zur Seite stehen, dem eine Reihe von Sachverständigen und Landwirten angehören wird.

Die Ausführungen des Reichkanzlers über die Siedlungsfrage und insbesondere seine Mitteilungen über die für Siedlungszwecke zur Verfügung stehende Landmenge in Ostpreußen, der Grenzmark, Pommern und Mecklenburg sollten, wie wir von zuständiger Seite erfahren, nicht etwa bedeuten, daß außerhalb dieser vier genannten Gebiete kein weiteres Siedlungsland zur Verfügung steht. Der Kanzler hat lediglich nur diejenigen Gebiete genannt, in denen die Landmenge ziffernmäßig bereits durch eine Nachprüfung des Direktors der Siedlungsabteilung festgestellt worden ist. Die dabei für Ostpreußen angegebene Zahl wird heute amtlich berichtet: In Ostpreußen werden 80 000 (nicht 800 000) Morgen der Siedlung zugeführt. Ueber die bereits bekannten Zahlen hinaus stehen beispielsweise in den beiden schlesischen Provinzen noch etwa 200 000 Morgen Land zur Verfügung. Die gesamte für Siedlungszwecke anfallende Landmenge beträgt 800 000 Morgen.

Ueber die Finanzierung der Arbeitsbeschaffung veranlaßt von unterrichteter Seite, daß von den vorgeesehenen 50 Millionen Mark für den Wasserstraßenbau jetzt einschließlich der in dieser Woche von der Deutschen Gesellschaft für öffentliche Arbeiten gemachten Zusagen insgesamt 43 1/2 Millionen Mark bewilligt sind. Dazu kommen noch 5,1 Millionen Mark Zuschüsse der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung.

Für Landstraßenbauten waren zuerst 60 Millionen, dann noch einmal 40 Millionen vorgesehen, wobei von der letzten Summe 20 Millionen für kommunale Straßenbauvorhaben vorbehalten blieben. Von diesen 20 Millionen des Bauprogramms der Städte sind bisher durch die Deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeiten erst 2,2 Millionen zugeföht. Die Reichsanstalt leistet hier einen

Zuschuß von 360 000 M., die übrigen 80 Millionen des gesamten Straßenbauprogramms, die durch die Länder, Provinzen und Kreise verteilt werden, sind bis jetzt in einem Umfang von 67 Millionen vergeben, wozu Zuschüsse der Reichsanstalt von 13 1/2 Millionen treten.

Von den für besondere Tiefbauten ausgeworfenen 25 Millionen sind 17 1/2 Millionen bewilligt, zu denen die Reichsanstalt 3 Millionen beisteuert. In Einzelheiten dieses Tiefbauprogramms sind Hafenaubauten in Bremen mit 2,7 Millionen und im Hamburger Hafen mit rund einer halben Million zu erwähnen.

Die Milderung der innerpolitischen Notverordnungen.

omb. Berlin, 17. Dezember. (Fig. Meldg.) Das Reichskabinett hat sich heute vormittag versammelt, um die Milderung der bekannten innerpolitischen Notverordnungen zu beraten. Es ist mit einer neuen Verordnung zu rechnen, durch die bestimmte Maßnahmen aufgehoben werden, während die, deren Aufrechterhaltung notwendig ist, neu gefaßt und zusammengestellt werden. Da die Verordnung vom Reichspräsidenten unterschrieben werden muß, wird sie erst in der ersten Hälfte der nächsten Woche veröffentlicht werden.

Hitlers Antwort an den Reichkanzler.

Berlin, 16. Dezember. Ueber die heutige Fraktionsführung der NSDAP. in Preußen wird von der Reichspressestelle der NSDAP. folgender Bericht ausgegeben: „Der Führer Adolf Hitler sprach heute vor der in Berlin versammelten preussischen Landtagsfraktion der NSDAP. über die politische Lage und den weiteren Kampf der nationalsozialistischen Bewegung. Nach der Begrüßung durch den Fraktionsführer Kube, der den einmütigen Willen der preussischen Landtagsfraktion kundgab, den Kampf in Preußen im Sinne des Führers und seines Willens für die Nation unbedingtem durchzuführen, nahm Adolf Hitler das Wort zu richtunggebenden Ausführungen für das kommende Kampfsjahr. Dem Empfinden der gesamten nationalsozialistischen Bewegung Ausdruck gebend, stellte sich der Führer einleitend vor den greifen General L y m a n n, den Sieger von Breslau, den der Reichkanzler, General von Schleicher, wegen seiner Rahnung an den Reichspräsidenten in seiner gestrigen Rundfunk-